

**CGFP**

fonction publique

numéro 35, décembre 2019
paraît 6 fois par an
8^{ème} année

compact

CGFP-Exekutive und Finanzminister Gramegna tauschten sich über die Steuerreform aus

Individualbesteuerung birgt noch viele Fragen

Die Regierung peilt in der laufenden Legislaturperiode eine weitere tiefgreifende Steuerreform an. Bereits zur „Rentrée“ im Herbst hatte die CGFP die Dreierkoalition dazu aufgefordert, in die Ausarbeitung dieses ehrgeizigen Vorhabens aktiv eingebunden zu werden. Am vergangenen 25. November fand diesbezüglich eine erste Unterredung mit Finanzminister Pierre Gramegna statt. Die zweite Auflage der Dreierkoalition wird mehr denn je an der ambitionierten Steuerreform gemessen. Das Vorhaben soll vor dem Jahr 2023 in Kraft treten.

Neben dem Wohnungsbau sowie der Klima- und Umweltkomponente gehört die Einführung der Individualbesteuerung zu den Schwerpunkten dieser Reform. War die individuelle Besteuerung bislang fakultativ, will die Regierung künftig integral auf dieses Modell übergehen. Somit soll den veränderten Lebensformen in der Gesellschaft Rechnung getragen werden. Dieser Wandel könne nur mithilfe von mehrjährigen Übergangsphasen bewerkstelligt werden, versicherte Finanzminister Gramegna.

Ernsthafte Bedenken

Mit der Einführung der Individualbesteuerung wird es in Zukunft also nur noch eine einzige Steuerklasse geben. Für die CGFP stellt sich unweigerlich die berechnete Frage, in welcher Steuerklasse die natürlichen Personen später eingeordnet werden. Vor den Parlamentswahlen 2018 hieß es im Mehrheitslager, niemand müsse finanzielle Einbußen durch die Reform befürchten. Inzwischen sind jedoch andere Stimmen zu vernehmen. Die CGFP hat ernsthafte Bedenken in Bezug auf die Finanzierung der Reform. Sie schöpft zunehmend den Verdacht, dass es letztendlich auch Verlierer



Die CGFP-Exekutive und Finanzminister Pierre Gramegna werden sich künftig in regelmäßigen Abständen treffen.

geben wird. Nach wie vor tritt die CGFP dafür ein, die Steuertabelle an die Inflation anzupassen. Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung drängt sich zudem eine Vereinfachung der Steuererklärung auf. Damit die Reform kein tot geborenes Kind wird, müssen außerdem der Steuerverwaltung die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Einig waren sich die CGFP und der zuständige Ressortchef, dass ein Umdenken bei den „Fonds d'investissement spécialisé“ (FIS) erforderlich ist. Diese Fonds, die sich gut für gewinnbringende Spekulationen mit Bauland und Immobilien eignen, sind bei in- und ausländischen Investoren sehr beliebt. Abgesehen von einer lächerlich niedrigen „taxe d'abonnement“ zahlen sie nahezu keine Steuern.

Die erdrückende Wohnungsproblematik bekomme man nicht in den Griff, indem man sich weigere, neue Maßnahmen zu ergreifen, betonte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff. Bei der „TVA logement“ sollte die Obergrenze für die Rückerstattung der Mehrwertsteuer bei den Bau- und Anschaffungskosten auf

120.000 € erhöht werden, hieß es weiter. Auch bei den Bausparverträgen müsse nachgebessert werden: Die Verdopplung der abzugsfähigen Beiträge müsse bis zum Eintritt in den Ruhestand geltend gemacht werden können.

Abschließend bewerteten beide Seiten ihren ersten Austausch über die geplante Steuerreform als durchwegs konstruktiv. Anders als bei der vorigen Reform sollen die Sozialpartner dieses Mal nicht erst auf der Zielgeraden über die Regierungsbeschlüsse in Kenntnis gesetzt werden, betonte der Finanzminister gleich mehrmals. Damit die Steuerreform ein Erfolg werde, sei die Regierung bereit, einen offenen Dialog mit sämtlichen Akteuren zu führen. Die Dreierkoalition wolle auf jeden Fall vermeiden, dass nach Abschluss der Arbeiten große Überraschungen für Gewerkschaften und Patronat eintreten, so Gramegna. Die Politik werde deshalb die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter in regelmäßigen Abständen über den Stand der Dinge unterrichten. Ziel sei es, ein Gesamtpaket zu schnüren, das für alle tragbar sei. ml

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700

CGFP wird internationales Arbeitsamt einschalten



Auch im öffentlichen Dienst sehen sich die Gewerkschafter einem immer größer werdenden Druck ausgesetzt. Regelmäßig erfahren sie am eigenen Leib, wie versucht wird, sie eiskalt auszubremsen. Die Politik lässt dabei oft jede Unterstützung vermissen. Dabei sollte gerade der Staat seiner Vorbildrolle gerecht werden. In der Causa Schleck wurden viele rote Linien überschritten. Die CGFP wird deshalb eine Klage vor dem Internationalen Arbeitsamt in Genf einreichen.

Anfeindungen, Drohungen und Drangsalierungen, so sieht der triste Alltag vieler Menschen aus, die sich für die Interessen der öffentlich Bediensteten einsetzen. Mit juristischen Winkelzügen und dreisten Diffamierungsversuchen sollen unbequeme Kritiker mundtot gemacht werden. Teilweise wird dabei so viel Druck ausgeübt, dass einige Betroffene sogar in Erwägung ziehen, ihre gewerkschaftlichen Tätigkeiten einzustellen.

Unbequeme Personalvertreter, die die Beschäftigten vor Missbräuchen schützen, dürfen nicht destabilisiert, erniedrigt, sozial isoliert und beruflich versetzt werden. „Wehret den Anfängen“, lautet das Motto der CGFP: Sämtlichen Versuchen, die zum Ziel haben, die Gewerkschaftsfreiheit einzuschränken, gilt es energisch entgegenzuwirken.

Dabei sollte der Rücktritt einzelner Verantwortlicher nicht im Vordergrund stehen. Als verantwortungsbewusster Sozialpartner spielt die CGFP den Ball – nicht den Mann! Der Dachverband aller öffentlich Bediensteten tritt für das Einhalten eines durch die Verfassung geschützten Grundrechts ein. Bis Redaktionsschluss (11. Dezember 2019) hat die Regierung jedoch ein klares Bekenntnis zur Gewerkschaftsfreiheit vermissen lassen.

In der Causa Schleck hat es die Dreierkoalition versäumt, sich aus einer verfahrenen Situation zu befreien. Die CGFP hält an ihrer Forderung fest, dass der Präsident der Armee-

gewerkschaft an seine bisherige Arbeitsstelle zurückkehrt. Als Verantwortlicher des Informationsbüros der Streitkräfte hat der SPAL-Präsident sich absolut nichts zu Schulden kommen lassen.

Statt dieser völlig legitimen GGFP-Forderung Rechnung zu tragen, goss der delegierte Verteidigungsminister Henri Kox noch zusätzlich Öl ins Feuer.

Im Rahmen einer parlamentarischen Aktualitätsstunde am vergangenen 3. Dezember ließ sich der „Gehilfe“ von Minister Bausch zu der dubiosen Aussage hinreißen: „En ass jo d'accord“ (Anm. der Redaktion: Henri Kox bezieht das auf Christian Schleck). Und weiter: „Dat ass e géigesäitegen Accord. Dat ass keng Versetzung! Ech mengen net, datt et eng Versetzung ass. Wann et zesummen ënnerschriwwen gëtt op engem Pabeier, dann ass et keng Versetzung.“ Ende der Durchsage!

Hat Minister Kox ein reines Gewissen?

Um seiner extrem fragwürdigen Argumentation Nachdruck zu verleihen, hielt der delegierte Minister während seiner kurzen Stellungnahme im Plenum einen vom Armeegeneral verfassten Brief in seinen Händen. Aus diesem Schriftstück gehe seines Erachtens hervor, dass die Gewerkschaftsfreiheit im Fall Schleck nicht infrage gestellt worden sei.

Mit Verlaub, Herr Kox, mit Transparenz und Objektivität hatte dieser skurrile Auftritt

im Abgeordnetenhaus wahrlich nichts zu tun. Das angebliche „einvernehmliche Abkommen“, mit dem Christian Schleck einem Postenwechsel schriftlich zugestimmt haben soll, wurde den Volksvertretern und der Öffentlichkeit nicht präsentiert.

Als Henri Kox anschließend von der CGFP öffentlich dazu aufgefordert wurde, das vermeintliche Schriftstück im Nachhinein publik zu machen, hüllte sich der Minister in Schweigen. Verhält sich so ein Politiker, der ein reines Gewissen hat? Warum weigert sich der Minister, dieser banalen Aufforderung Folge zu leisten und der Öffentlichkeit das vermeintliche Schriftstück preiszugeben? Oder besteht das Problem vielleicht darin, dass es ein derartiges Dokument überhaupt nicht gibt?

Keine konkrete Zustimmung

Der CGFP liegt jedenfalls kein Abkommen im gegenseitigen Einvernehmen vor. Ihr ist lediglich die Existenz eines Bewertungsprotokolls bekannt. Doch selbst in diesem Formular ist keine konkrete Zustimmung Schlecks für seine neue berufliche Aufgabe zu erkennen. Ganz im Gegenteil! In der vorgesehenen Kommentarspalte der Bewertung stellte der SPAL-Präsident damals wortgetreu Folgendes klar: „Je ne suis pas demandeur pour un changement d'affectation à moyen terme, bien au contraire!“

Diese handfesten Fakten decken sich also nicht mit Koxs abenteuerlichen Aussagen. Sollte sich herausstellen, dass der delegierte Verteidigungsminister den Abgeordneten gezielt falsche Tatsachen vorgespielt hat, um Desinformation zu betreiben, könnte die Causa Schleck bittere politische Folgen haben.

Die CGFP will sich nicht abspeisen lassen und verweist auf die von Luxemburg ratifizierte Konvention 151 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Artikel 4 dieser Konvention besagt, dass Staatsbedienstete keine Nachteile aufgrund ihrer syndikalistischen Tätigkeiten erfahren dürfen.

Um die in der Konvention verankerten Rechte zu verteidigen, will die CGFP es nicht nur bei rein gewerkschaftlichen Maßnahmen belassen. Zwecks Einreichung einer Klage vor dem Internationalen Arbeitsamt in Genf stellt die CGFP ein hieb- und stichfestes juristisches Dossier zusammen. „Es ist gut möglich, dass sich Luxemburg künftig mit Ländern wie Myanmar auf der Internationalen Arbeitskonferenz vor einem weltweiten Publikum verantworten muss“, warnte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff bei der CGFP-Vorständekonferenz.

2019: Das Jahr der Abkommen

Mit dem 110-jährigen Jubiläum der Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst gab die 53. CGFP-Vorständekonferenz Anlass zum Feiern. Zugleich wurde der Blick nach vorne gerichtet. Aus CGFP-Sicht werden die Berufskammerwahlen und die bevorstehenden Gehälterverhandlungen das Jahr 2020 prägen. Des Weiteren prangert die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten jeden Verstoß gegen die Gewerkschaftsfreiheit an.

Rund 500 Teilnehmer, darunter Parlamentspräsident Fernand Etgen sowie einige Abgeordnete und Beamtenminister Marc Hansen waren der Einladung zur 53. Vorständekonferenz der CGFP gefolgt. Der restlos gefüllte Saal des „Parc Hotel Alvisse“ in Dommeldingen sei der klare Beleg dafür, dass die CGFP stets in der Lage sei, in entscheidenden Momenten Stärke zu zeigen, betonte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger gleich zu Beginn seiner Rede: „Bei jedem Angriff, der sich gegen die CGFP richtet, wird diese noch stärker, als sie es ohnehin schon ist“. Niemand solle versuchen, sich mit einzelnen Gruppierungen der CGFP anzulegen, so die eindeutige Warnung.

2019 sei das Jahr der Abkommen gewesen, betonte Heiliger. Bereits im Februar habe die CGFP nach einer beeindruckenden Mobilisierung eine Übereinkunft mit der „Spuerkeess“-Generaldirektion und mit der Regierung getroffen. In puncto Arbeitszeitregelung habe die CGFP gemeinsam mit den jeweiligen Fachverbänden vor den Sommerferien mit der Dreierkoalition sektorielle Abkommen für die Polizei und die Armee unterschrieben.

Gemäß Wortlaut müssten diese Vereinbarungen auch ohne die entsprechende gesetzliche Grundlage mit sofortiger Wirkung umgesetzt werden. Sollte dies nicht der Fall sein,

werde sich die CGFP entschlossen dagegen zur Wehr setzen, hieß es weiter. Auch beim CGDIS und bei der Zollverwaltung müsse man die Probleme rasch beheben. In Bezug auf die Arbeitszeitregelung forderte der CGFP-Generalsekretär den Beamtenminister dazu auf, in einem konstruktiven Geist entsprechende Lösungen zu finden. „Meine Vorschläge liegen auf dem Tisch. Und ich denke, wir sind ganz nah beieinander“, gab sich der zuständige Ressortchef optimistisch.

Im kommenden Jahr wird die CGFP Gehälterverhandlungen mit Minister Hansen führen. Ohne diesen Gesprächen vorgreifen zu wollen, machte Steve Heiliger keinen Hehl daraus, dass dieses Mal eine Punktwerthöhung unumgänglich sei.

Mit der vorigen Regierung hatte sich die CGFP auf eine beachtliche Summe geeinigt, um den berechtigten Forderungen der CGFP-Mitgliedsorganisationen Rechnung zu tragen. Diese sektoriellen Verhandlungen dürften nicht zu einer Plauderrunde ausarten, warnte Heiliger. Spätestens bis Ende kommenden Jahres müssten zufriedenstellende Ergebnisse erzielt werden.

Das Bewertungssystem gehört abgeschafft

Nach der Abschaffung der unsäglichen 80/80/90-Regelung müsse nun das Bewertungssystem im öffentlichen Dienst aus der Welt geschafft werden. „Es ist sinnlos, daran herumzudoktern. Lasst uns das Ganze in die Mülltonne werfen. Dort gehört es hin“, fuhr Heiliger fort und erntete damit einen Rieseneifall.

In seiner engagierten Rede nutzte der CGFP-Generalsekretär die Gelegenheit, die jüngste Haltung des Unternehmerverbandes UEL aufs Schärfste zu verurteilen. Die UEL weigere sich im Comité permanent du travail et de l'emploi (CPTe) zu verhandeln und greife somit das Luxemburger Sozialmodell frontal an. Darüber hinaus sei eine Wiederbelebung der Index-Diskussion völlig sinnlos. Vor allem

für die Beschäftigten ohne Kollektivvertrag sei der Indexmechanismus eine wichtige Stütze und somit ein Garant für den sozialen Frieden.

Abschließend ging Steve Heiliger auf die Berufskammerwahlen im März 2020 ein. Die CGFP werde alles daransetzen, ihre derzeitige Mehrheit zu verteidigen und gegebenenfalls sogar auszubauen. In diesem Sinne galt der Aufruf, die CGFP-Listen massiv zu unterstützen. „Wir wissen, wer die größte Gewerkschaftsorganisation im öffentlichen Dienst ist. Und darin liegt auch der Unterschied: Die einen wären es gerne – wir sind es!“, so Heiliger.

Bereits zuvor hatte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff zum Auftakt der Vorständekonferenz auf die Höhepunkte der 110-jährigen Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst zurückgeblickt. Obwohl die CGFP mehrmals zu Protestkundgebungen aufgerufen und sogar zweimal vom Streikrecht Gebrauch gemacht habe, versuche sie immer die Probleme zunächst in Gesprächen zu lösen.

Engagierte Gewerkschafter würden mehr denn je gebraucht, so Wolff weiter, der sich anschließend mit dem Fall des Präsidenten der Armeegewerkschaft auseinandersetzte. Die Versetzungsprozedur sei de facto in Gang gesetzt worden, um Christian Schleck gewerkschaftlich völlig handlungsunfähig zu machen. Diese Vorgehensweise stelle die Gewerkschaftsfreiheit eindeutig infrage.

Den von der CGFP geforderten schriftlichen Beleg für Schlecks Einverständnis zum Postenwechsel habe die Regierung nicht liefern können, so Wolff, der zu dem Schluss gelangte, dass es ein derartiges Dokument überhaupt nicht gibt. Die CGFP werde nun sorgsam ein detailliertes Dossier zusammenstellen und das Internationale Arbeitsamt in Genf einschalten (siehe Seite 2).

In der kommenden „fonction publique“- Ausgabe werden wir Ende Januar ausführlicher über die Vorständekonferenz berichten.

ml





L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Plädoyer für einen leistungsstarken Staat

Die Wirtschaft läuft auf Hochtouren, die Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze steigt ins Unermessliche und die staatlichen Einnahmen sprudeln. Vor diesem Hintergrund empfangen die CGFP-Exekutive und eine Delegation der Berufskammer der öffentlich Bediensteten (Chfep) am vergangenen 13. November den diesjährigen Budgetberichterstatter Yves Cruchten. Einer der Schwerpunkte im Laufe dieser Unterredung war die Aufstockung des Staatspersonals.



Bei der Präsentation der Budgetvorlage 2020 hatte Finanzminister Pierre Gramegna betont, der Entwurf sei darauf ausgerichtet, das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Bürger zu verbessern. Fünf Themen stehen dabei ganz oben auf der Agenda: eine inklusive Gesellschaft, ein leistungsstarkes Gesundheitssystem, der Wohnungsbau, die Diversifizierung der Wirtschaft und ein performanter Staat.

Neben Rekordinvestitionen in Höhe von 2,8 Milliarden Euro soll eine Personaloffensive bei den staatlichen Behörden gestartet werden. 2020 sollen insgesamt bis zu 1.830 neue Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen werden. Ein Großteil davon bezieht sich auf die Polizei, das Bildungswesen sowie auf die Justiz und die Gefängnisverwaltung.

Angesichts der starken demografischen Entwicklung müsse der Staat notgedrungen personell aufgestockt werden, betonte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff. Zähle man die Grenzgänger hinzu, würden hierzulande rund 800.000 Menschen die staatlichen Dienstleistungen tagtäglich in Anspruch nehmen.

Die neue Einstellungswelle beim Staat sei begrüßenswert, so Wolff. Es müsse jedoch sichergestellt werden, dass es nicht bei bloßen Ankündigungen bleibe. Auch wenn mehr als 1.800 neue Posten im Budgetentwurf in Aussicht gestellt würden, heiße das nicht, dass das Staatspersonal letztendlich um diese Zahl verstärkt werde. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass sich der Staat oft schwer damit tue, das geeignete Personal mit dem nötigen Profil zu finden.

Budgetberichterstatter Yves Cruchten gab zu bedenken, ob man, angesichts der dünnen Personaldecke beim Staat, nicht einige Aufnahmekriterien überdenken sollte. Derzeit würden z.B. Polizeianwärter, die eine Brille tragen, ausgeschlossen werden. Die CGFP

Bei seiner Unterredung mit Vertretern der CGFP und der Chfep wies Budgetberichterstatter Yves Cruchten (3. v. l.) darauf hin, dass Schätzungen zufolge in den nächsten 5 Jahren bei der Lohnsteuer zusätzliche 4 Milliarden € in die Staatskasse gespült werden. Diese Mehreinnahmen würden genügend finanziellen Spielraum für eine Steuerreform schaffen.

und die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (Chfep) äußerten sich kritisch über die Einstellungspolitik vieler öffentlicher Einrichtungen. Immer häufiger würden dort Staatsbeamte und -angestellte durch Beschäftigte ersetzt. Dieser Trend dürfe nicht überhandnehmen.

Zusätzlich zur personellen Aufstockung beim Staat will die Dreierkoalition auf die Weiterbildung und auf die Digitalisierung setzen. Der rasante Umbruch in der Arbeitswelt dürfe jedoch nicht zur Folge haben, dass das gesamte Sozialsystem schleichend infrage gestellt werde, warnte Romain Wolff. Die Beschäftigten mit mittleren Qualifikationen seien am meisten den Gefahren der Digitalisierung ausgesetzt.

Mehr Personal für die Steuerverwaltung

2020 seien keine zusätzlichen Steuererleichterungen vorgesehen, hieß es im Oktober bei der Vorstellung des Budgetentwurfs. Das Finanzministerium und die Steuerbehörde hätten mit den Vorarbeiten zur geplanten großen Steuerreform begonnen (siehe Seite 1). Dem Vernehmen nach brauche die Steuerverwaltung dringend mehr Mitarbeiter, um die Reform wirksam umsetzen zu können, warnte Wolff.

Eine weitere grundlegende CGFP-Forderung ist die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation. Die CGFP und die Berufskammer der öffentlich Bediensteten sind zudem misstrauisch, was die Finanzierung der ehrgeizigen Steuerreform angeht. Sie befürchten, dass bei einer Senkung der Betriebssteuer, die natürlichen Personen erneut das Nachsehen haben werden.

Schätzungen zufolge sollen in den nächsten fünf Jahren allein bei der Lohnsteuer zusätzlich vier Milliarden Euro eingezogen werden. Sollte sich diese Prognose bewahrheiten, gäbe es ausreichend finanziellen Spielraum für eine Steuerreform, versicherte Yves Cruchten.

Gegen eine Abschaffung der „taxe d’abonnement“

Der Budgetberichterstatter zeigte sich jedoch über verschiedene Aussagen erstaunt, denen zufolge niemand bei der bevorstehenden Steuerreform Einbußen in Kauf nehmen müsse. Allgemein einig war man sich, dass die angepeilte Individualisierung der Besteuerung, die mehr Gerechtigkeit schaffen soll, eine große Herausforderung darstelle.

Die CGFP-Vertreter äußerten Ihre Besorgnis darüber, dass die ohnehin schon niedrige „taxe d’abonnement“, der die Investmentfonds unterliegen, entweder halbiert oder ganz abgeschafft werden könne. Bei Wegfall dieser Abgabe würden dem Staat jährliche Einnahmen in Höhe von 1 Milliarde Euro entgehen, so Wolff. Sollte dieser Fall eintreten, werde es sehr wahrscheinlich darauf hinauslaufen, dass die natürlichen Personen diese Finanzlücke schließen müssten.

Die CGFP und die Chfep haben zudem zur Kenntnis genommen, dass Luxemburg erstmals eine Staatsanleihe von 1,7 Milliarden Euro aufgenommen hat, für die die Geldgeber keine Zinsen erhalten. Im Gegenteil! Die Investoren haben auf dem Betrag, den sie dem Staat leihen, einem negativen Zinssatz von 0,247 % zugestimmt.

Gemeinsame Protestkundgebung von CGFP, LCGB und OGBL:

„Liebe UEL-Vertreter, hört mit den kontraproduktiven Provokationen auf!“

Anfang März dieses Jahres trat Nicolas Buck an der Spitze der Union des Entreprises Luxembourgeoises (UEL) die Nachfolge von Michel Wurth an. Nur sechs Monate später zog er den Groll der Arbeitnehmervertreter auf sich. Um ihren Unmut über das jüngste Vorgehen seitens des Patronats zum Ausdruck zu bringen, hatten die drei national repräsentativen Gewerkschaften CGFP, LCGB und OGBL am vergangenen 19. November zu einer groß angelegten Protestkundgebung in Dommeldingen aufgerufen.

Auslöser dieses gemeinsamen Auftritts war die völlig unerwartete Ankündigung des Unternehmerverbandes UEL, künftig nicht mehr im „Comité permanent du travail et de l'emploi“ (CPTÉ) verhandeln zu wollen. Die UEL wies sich aber keinem Dialog, verkündete das Patronat damals scheinheilig. Das Gremium sollte jedoch nicht mehr als Plattform für politische Verhandlungen genutzt werden.

Für die Arbeitnehmervertreter ist diese völlig unverantwortliche Haltung nicht hinnehmbar. Die UEL-Aussagen würden darauf abzielen, das Luxemburger Sozialmodell und all seine Verdienste abzuschaffen, so die einhellige Meinung. „Gegen den Boykott des Sozialdialogs seitens des Patronats“ lautete das Motto der Protestveranstaltung von CGFP, LCGB und OGBL am vergangenen 19. November.

Der Saal im Parc Hotel Alvisse in Dommeldingen war restlos gefüllt: Mehr als 1.200 Sym-

pathisanten hatten sich versammelt, um ihrem Ärger Luft zu machen. Aufgrund dieser hohen Teilnehmerzahl kann die Kundgebung als großer Erfolg gewertet werden. FGFC, Aleba und Landesverband hatten sich zudem solidarisch erklärt. Rückendeckung erhielten CGFP, LCGB und OGBL auch von „déi Lénk“, die in einer Pressemitteilung ihre Solidarität bekundet haben.

■ „Eine höchst skurrile Nummer“

Gleich zu Beginn seiner Rede betonte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff, dass niemand, der über einen gesunden Menschenverstand verfüge, gewillt sei, den Sozialdialog und somit auch den sozialen Frieden infrage zu stellen. In Zeiten blühender Konjunktur seien die Staatsfinanzen gesünder denn je. Die Arbeitslosenrate bewege sich auf einem Tiefstand. Erstaunlicherweise hätten jedoch die Spitzenvertreter des



Patronats eine ganz andere Sicht der Dinge. Der UEL-Auftritt anlässlich der CPTÉ-Sitzung vom vergangenen 18. September sei eine „höchst skurrile Nummer“ gewesen.

■ Alle nur Pfeifen?

Die UEL behauptete, die Arbeitgeber seien bei den Dreiergesprächen 40 Jahre lang über den Tisch gezogen worden, so Wolff. Mit derartigen Aussagen würden die UEL-Bosse nahelegen, dass ihre Vorgänger jahrzehntelang nur Mist gebaut haben und alle nur Pfeifen sind.

Die von der UEL angeprangerten vermeintlichen „altmodischen Methoden“ des ständigen Komitees für Arbeit und Beschäftigung hätten dem Land über Jahrzehnte sozialen Frieden beschert, betonte der CGFP-Nationalpräsident. Zugleich warf er die berechnete Frage auf, ob diese wichtige Errungenschaft plötzlich keine Bedeutung mehr habe.

Mit ihrer jüngsten Vorgehensweise habe die UEL-Spitze es geschafft, dass die drei national repräsentativen Gewerkschaften an einem Strang ziehen und eine gemeinsame Protestkundgebung organisieren, was hierzulande keine Selbstverständlichkeit sei, setzte Romain Wolff mit einem ironischen Unterton nach: „Respekt, liebe UEL-Bosse, das ist eine reife Leistung!“ Ob jedoch alle UEL-Mitglieder diese Meinung teilen würden, müsse stark bezweifelt werden.

Bislang habe niemand aus den Unternehmerkreisen dazu Stellung bezogen, hieß es weiter. Der CGFP-Nationalpräsident wandte sich mit einer glasklaren Botschaft an die Arbeitgeberseite: „Liebe UEL-Vertreter, hört doch endlich mit Euren völlig kontraproduktiven Provokationen auf, die NIEMANDEM etwas bringen!“

Erst kürzlich hatte die UEL-Spitze behauptet, die CGFP habe in der gemeinsamen Protestkundgebung nichts zu suchen. Es entziehe sich seiner Kenntnis, in welcher Welt der Widersprüche sich manche hohe Patronatsvertreter bewegen, konterte Wolff: „Als CPTÉ-Mitglied unterstützt die CGFP ganz sicher nicht diejenigen, die den sozialen Frieden und das Sozialmodell in Luxemburg aus Spaß an der Freude kaputtmachen wollen.“

■ Regierung muss sich zum Tripartite-Modell bekennen

Statt den Verhandlungen im Dreiergremium beizuwohnen, wolle die UEL eigenen Aussagen zufolge in Zukunft nur noch zum Plaudern bereit sein. Mit dieser Ankündigung weigere sich die UEL, Kompromisse einzugehen. Romain Wolff warf die Frage in den Raum, ob die UEL unter Umständen gar nicht mehr in der Lage sei, derartige Verhandlungen zu führen, da ihr dafür möglicherweise



Romain Wolff (CGFP), Patrick Dury (LCGB) und André Roelgen (OGBL) (oben: v.l.n.r.) traten für eine gemeinsame Sache ein. Die gewerkschaftliche Geschlossenheit für den Erhalt des sozialen Friedens ließ die Arbeitgeber alt aussehen. Bereits zuvor hatte der CGFP-Nationalpräsident auf einer Pressekonferenz die Haltung des Patronats als inakzeptabel bezeichnet.

der nötige Rückhalt aus den eigenen Reihen fehle.

Den sozialen Frieden mutwillig infrage zu stellen, sei ein Schlag mitten ins Gesicht aller Arbeitnehmer in Luxemburg, fuhr Wolff fort. Die Regierung habe sich bislang in dieser Angelegenheit wortkarg verhalten. An die Dreierkoalition ging deshalb der dringliche Appell, endlich Farbe zu bekennen. In ihrem Koalitionsabkommen hätten die Mehrheitsparteien vereinbart, den Sozialdialog wieder anzukurbeln. Jetzt sei der Moment gekommen, den Worten Taten folgen zu lassen und auf die Fortsetzung der Dreiergespräche zu bestehen. Das gesamte Land warte darauf, dass die Volksvertreter

in aller Deutlichkeit auf den Affront der UEL reagieren.

Die Arbeitnehmervertreter seien auf jeden Fall weiterhin in der Lage zu verhandeln, hieß es. Die Gewerkschaftsfront bekenne sich klar zum Erhalt des luxemburgischen Sozialmodells. Dieses habe in all den vergangenen Jahren zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes beigetragen.

Zum Schluss erteilte der CGFP-Redner all denjenigen, die den sozialen Frieden gefährden und gegen die Interessen der Bürger verstoßen, eine deutliche Warnung: „Auf diese Spielchen werden wir uns nicht einlassen! Nicht mit uns!“

Max Lemmer



MOINS CHER MAIS PAS MOINS COUVERT

**SOLDE
RESTANT
DÛ**

Votre assurance solde
restant dû moins chère
Comparez les garanties

www.cgfp-assurances.lu


CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Bei der Ausbildung darf es nicht zu Verschlechterungen kommen

Einstimmig hat das Parlament am vergangenen 19. November die Abschaffung der längst überfälligen 80/80/90-Regelung verabschiedet. Es ist der Verdienst der CGFP, dass diese ungerechte Sparmaßnahme zu Lasten der künftigen Generationen ein für alle Mal aus der Welt geschafft wurde. Die CGFP warnt jedoch vor einer Senkung der obligatorischen Ausbildungsstunden.



Bislang mussten Neueinsteiger im öffentlichen Dienst während der dreijährigen Stage-Zeit erhebliche finanzielle Einbußen einstecken: In den beiden ersten Jahren wurden ihnen lediglich 80 % der Entschädigung gewährt, im dritten waren es 90 %. Ab jetzt beziehen die Staatsbediensteten während des Referendariats wieder ein volles Gehalt. Die neue Regel gilt rückwirkend zum 1. Januar 2019. Auch öffentlich Bedienstete, die vor weniger als drei Jahren vom Staat eingestellt wurden, werden jetzt zu 100 % entschädigt.

Die Einbußen, die bei der Pensionsversicherung entstanden sind, werden vom Staat rückwirkend kompensiert. Gleichzeitig wird die Dauer des Referendariats automatisch von drei auf zwei Jahre reduziert. Berufseinsteiger, die eine Verkürzung ihres Praktikums gewährt bekommen, müssen nur noch einen Stage von maximal einem Jahr absolvieren. Rund 1.300 öffentlich Bedienstete kommen ab sofort in den Genuss dieser Änderungen.

Die Abstimmung im Parlament fiel sehr eindeutig aus: Der entsprechende Gesetzentwurf wurde mit 57 Ja-Stimmen, ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung gebilligt. Das Ergebnis ist nicht verwunderlich. Gegen die Abschaffung der unsäglichen 80/80/90-Regelung zu stimmen, wäre ein Affront gegenüber den jungen Staatsbediensteten gewesen. Mit ihrem Verhandlungsgeschick ist es der CGFP gelungen, eine haarsträubende Ungerechtigkeit auf Kosten der kommenden Generationen aus der Welt zu schaffen.

Zur Vorgeschichte: Im April 2017 trat die CGFP zum ersten Mal mit der Forderung zur Abschaffung der höchst umstrittenen

80/80/90-Regelung an die Öffentlichkeit. In den darauffolgenden Monaten erhöhte sie kontinuierlich den Druck auf die Politik. Der wachsende Unmut gipfelte im November 2017 in einer äußerst erfolgreichen CGFP-Protestkundgebung in Dommeldingen.

Auch danach blieb die CGFP unnachgiebig. Ihre unbeugsame Standhaftigkeit zahlte sich aus: Am 15. Juni 2018 einigte sich die CGFP mit dem damaligen Beamtenminister Dan Kersch darauf, das Gehälterabkommen vom Dezember 2016 zu verlängern. In diesem Zusatzpapier wurde mehreren CGFP-Kernforderungen Rechnung getragen. Eine davon bestand darin, die Kürzung der Entschädigungen für Praktikanten aufzuheben.

Eine Geduldsprobe

Die CGFP bedauert jedoch, dass der Weg von der Unterzeichnung bis zum Inkrafttreten der Vereinbarung so viel Zeit in Anspruch nahm. Mit unermüdlichem Engagement pochte die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten stets auf eine rasche Verabschiedung des Gesetzes. Dabei ging es ihr vorrangig darum, sicherzustellen, dass auch jene Praktikanten, die sich bereits in der Ausbildung befinden, in den Genuss des verkürzten Referendariats kommen.

Für die CGFP ist es zudem nicht nachvollziehbar, dass infolge der verkürzten Stage-Zeit die Anzahl der obligatorischen Ausbildungsstunden („formation générale“) in einigen Laufbahnen massiv gesenkt werden soll.

Eine Herabsetzung der obligatorischen allgemeinen Ausbildungsstunden wäre völlig fehl am Platz. Als nämlich 2015 das Referendariat von zwei auf drei Jahre erhöht worden war, wurde die Anzahl der Ausbildungsstunden nicht dementsprechend angepasst. Folglich gibt es zum jetzigen Zeitpunkt absolut keinen Grund, in die andere Richtung zu preschen.

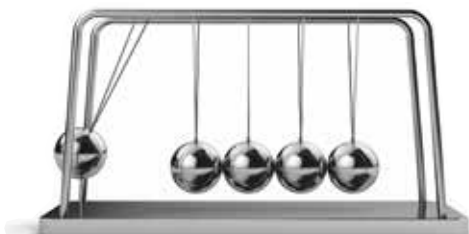
Noch immer werfen manche Kritiker der CGFP vor, die Einführung der 80/80/90-Re-

gelung mitverschuldet zu haben. Die Hintergründe bleiben dabei unerwähnt. Fakt ist, dass die damalige schwarz-rote Regierung es auf die Anfangsgehälter der staatlichen festangestellten Mitarbeiter abgesehen hatte. Um einen folgenschweren Sozialkonflikt und weitreichende Einbußen zu vermeiden, hatte die CGFP schweren Herzens beschlossen, der 80/80/90-Regelung zuzustimmen.

Es sei zudem daran erinnert, dass die Rückführung der 80/80/90-Regelung das Ergebnis einer beeindruckenden Geste der Solidarität seitens der CGFP zugunsten der jüngeren Generationen ist. Beim Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016 hatten die CGFP-Fachverbände bewusst auf eine lineare Punktwerthöhung verzichtet. Diese geschlossene Herangehensweise ist der beste Beweis dafür, dass der soziale Zusammenhalt innerhalb der CGFP tatsächlich gelebt wird.

Eine realitätsfremde Behauptung

In vereinzelt Patronatskreisen hieß es 2018, die Regierung habe sich von der CGFP erpressen lassen. Diese kühne Behauptung wirkt auch heute noch realitätsfremd. Die 2015 in Kraft getretene Senkung der Entschädigungen – eine reine Sparmaßnahme – war angesichts des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs nicht mehr tragbar. Erschwerend hinzu kam, dass die gekürzten Entschädigungen der Praktikanten zur Schaffung billiger Arbeitsplätze missbraucht wurden, getreu dem Motto „100% arbeiten und 80% verdienen.“ Die CGFP-Forderung, diese längst überfällige Maßnahme rückgängig zu machen, war keineswegs eine Gehaltsforderung im herkömmlichen Sinne. Ausschlaggebend dafür war, dass die maßgebliche Reform des Stage – eine Grundvoraussetzung für die damalige Zustimmung der CGFP – nie wirklich eingetreten ist.



LOSCHT DECH ANZESETZEN?

D'ARMÉI,
ENG ERAUSFUERDERUNG
FIR DECH.



8002 48 88



www.armee.lu



Informationsbüro
15, bd. Royal • L-2449 Luxembourg



LËTZEBUERGER ARMÉI

GLÉCKSMOMENT



Fir méi onbeschwiéiert Glécksmomenter. D'DKV Luxembourg ass däi starke Partner fir all Froe ronderëm d'Gesondheet, an déi perfekt privat Krankenversicherung.

All d'Membere vun der CGFP kréien 10% Remise!

Well s du dir méi wäert bass:
dkv.lu | T: 42 64 64-804

DKV
Luxembourg

membre du Groupe **lalux**

Kein konkretes Entgegenkommen des Ministers

Die Zwischenbilanz der Verhandlungen der CGFP-Mitgliedsorganisationen mit Beamtenminister Marc Hansen fällt mager aus. Die Unterredungen würden in einer „angespannten Atmosphäre“ verlaufen, hieß es in der Sitzung des CGFP-Nationalvorstandes am vergangenen 15. November. Die CGFP werde nicht hinnehmen, dass die Gespräche ins Leere laufen.

2018 hatte die CGFP im Zusatzpapier zum Gehälterabkommen mit dem damaligen Minister des öffentlichen Dienstes, Dan Kersch, vereinbart, dass die 65 CGFP-Fachverbände ihre sektoriellen Anliegen beim zuständigen Ressortchef darlegen dürfen.

Die betreffenden Verhandlungen, die im März dieses Jahres begonnen haben, sind bislang zu einem Großteil enttäuschend verlaufen. Nachdem inzwischen gut 30 CGFP-Fachverbände beim Beamtenminister Marc Hansen vorstellig wurden, ergibt sich ein stark durchwachsenes Gesamtbild.

In der Sitzung des CGFP-Nationalvorstandes vom vergangenen 15. November wurde darauf hingewiesen, dass viele Gespräche in einer angespannten Atmosphäre verlaufen seien. Die Aussagen und Reaktionen des Ministers auf die vorgetragenen Anliegen seien oft befremdend und enttäuschend gewesen.

Statt sich auf einen konstruktiven Dialog zur Lösung der bestehenden Probleme einzulassen, habe das besagte Regierungsmitglied in wesentlichen Fragen kein konkretes Entgegenkommen erkennen lassen. Zahlreiche sektorielle Forderungen seien gleich zu Beginn abgeschmettert worden.

Inzwischen erhärte sich zunehmend der Verdacht, dass der Minister die unter seinem Vorgänger Dan Kersch vereinbarten Verhandlungen mit der CGFP als eine lästige Pflicht-

übung abhaken möchte. Auf erste konkrete Lösungsvorschläge warte man vergeblich.

Von Verhandlungen im wahrsten Sinne des Wortes könne derzeit kaum die Rede sein. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern erwecke Minister Hansen den Eindruck, sich vor seiner Verantwortung als Chef der Regierungsverwaltung zu drücken. Stattdessen bevorzuge er es, auf die Direktoren der einzelnen Verwaltungen zu verweisen.

Mit Nachdruck wies der CGFP-Nationalvorstand darauf hin, dass mit der Vorgängerregierung ein beachtlicher Finanzierungsplan ausgehandelt worden sei, um den berechtigten Forderungen der CGFP-Fachverbände in einem weiten Umfang Folge zu leisten. Die CGFP werde nicht hinnehmen, dass die Gespräche ergebnislos vor sich hinplätschern, so die einhellige Meinung. Es könne nicht sein, dass sich Minister Hansen darauf beschränke, die Fachverbände zu empfangen, um verschiedene Punkte im kommenden Gehälterabkommen zu thematisieren.

Die Politik gerate zunehmend unter Zeitdruck, schlussfolgerte das CGFP-Gremium. Laut der getroffenen Übereinkunft müssten die sektoriellen Gespräche spätestens bis Ende kommenden Jahres abgeschlossen sein und die entsprechenden Schlussfolgerungen vorliegen. Es sei äußerst bedauernd, wenn nach dem Scheitern der Verhandlungen eine Welle von sektoriellen Konflikten eintreten würde.

Minister Hansen wird in Zukunft zwei weitere CGFP-Fachverbände empfangen: Der CGFP-Nationalvorstand gab grünes Licht für die Aufnahme von zwei Mitgliedsorganisationen. Neu aufgenommen wird das „Syndicat du personnel civil de la Police Grand-Ducale“. Auch das rund 500 Mitglieder starke „Syndicat du personnel de l'Education Nationale oeuvrant spécifiquement dans l'intérêt des élèves à besoins éducatifs spécifiques“, das im Zuge der Ediff-Reform ins Leben gerufen wurde, tritt der CGFP bei.

Ferner befasste sich der CGFP-Nationalvorstand mit der gemeinsamen Protestveranstaltung von CGFP, LCGB und OGBL, die am 19. November in Dommel-

dingen stattgefunden hat. Der Boykott des Sozialdialogs seitens des Patronats sei nicht hinnehmbar, hieß es. Die jüngste Behauptung eines UEL-Spitzenvertreters, die CGFP sei bei der Kundgebung fehl am Platz, stieß im CGFP-Nationalvorstand auf großes Unverständnis.

Als vollwertiges Mitglied des „Comité permanent du travail et de l'emploi“ (CPTÉ) liege es auf der Hand, dass sich die CGFP auf die Seite derjenigen schlage, die am bewährten luxemburgischen Sozialmodell festhalten, lautete das Fazit. Für den Dachverband aller öffentlich Bediensteten sei der Erhalt des sozialen Friedens von größter Bedeutung (siehe Seite 7+8). **ml**



Cours de formation et d'appui scolaires

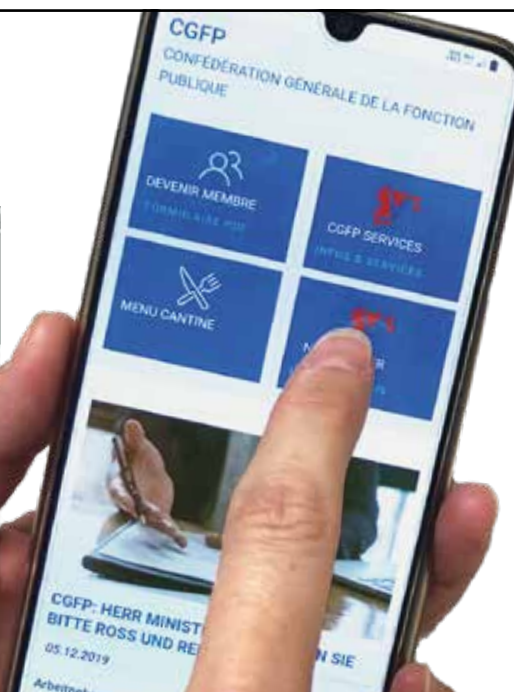


Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois
Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)
mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30 jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30
Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp.lu – http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS **CGFP**
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.



Besser informéiert mat der neier CGFP-HOMEPAGE !



MÉI MODERN, MÉI IWERSICHTLECH A MÉI INFORMATIVE : www.cgfp.lu



Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1
Impression: SNE-Éditions S.à r.l.

La reproduction d'articles,
même par extraits, n'est autorisée
qu'en cas d'indication de la source.
Les articles signés ne reflètent pas
nécessairement l'avis de la CGFP.

Die Kasse des Staates stimmt. Die Politik nicht unbedingt.

Im Rechnungsjahr 2018 verbesserten sich die gesamten Staatseinnahmen gegenüber 2017 um 9,9% oder um 1,7 Milliarden Euro. Gegenüber 2014, also innerhalb von nur 4 Jahren, betrug die Steigerung gar 23,5% oder mehr als 3,5 Milliarden Euro. Eine derart spektakuläre Einkommenssteigerung erlebte mit Sicherheit kein Staatsbediensteter und wohl kein anderer Lohnempfänger in diesem Land.

Für die ersten neun Monate dieses Jahres gab es nun erneut eine massive, noch schnellere Steigerung gegenüber der gleichen Vorjahresperiode, und zwar um fast 12%. Dies sind 1,4 Milliarden Euro an Mehreinkünften in nur 9 Monaten. Dementsprechend kann der Finanzminister auch nach 3 Trimestern einen Haushaltsüberschuss von 736 Millionen Euro verkünden.

Die Regierung freut sich über die gesunde Lage der Staatsfinanzen, die Mehreinnahmen gegenüber der Planung, den soliden Haushaltsüberschuss und die sinkende Staatsverschuldung. Sie freut sich natürlich zurecht, und wir freuen uns mit ihr.

Da die Einnahmen aber bereits seit mehreren Jahren massiv ansteigen, müssen wir gleichzeitig festhalten, dass die üppige Staatskasse einen eindeutigen Beweis dafür liefert, dass das ominöse „Zukunftspaket“ damals überhaupt nicht notwendig war, sondern ein unnützer Aktivismus mit vielen negativen Konsequenzen, sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht.

Die freundlichen Gießkannen-Operationen vor dem Wahltermin schafften es ihrerseits nicht, die Haushaltsauswirkungen der Sparmaßnahmen auszugleichen, denn der Budgetüberschuss stieg unbehindert weiter. Seit über zehn Jahren spielen Regierung und Opposition alljährlich die tapferen „Sparhelden“ und übertrumpfen sich gegenseitig in Sparappellen, statt klugerweise die dringend erforderlichen Investitionen schneller weiterzubringen.

Die gravierendsten Probleme des Landes kommen ja gerade daher, dass man jahrzehntelang die Verkehrsinfrastrukturen vernachlässigt hat, und dass man auch weiterhin so tut, als könne der kranke Grundstücksmarkt sich ohne staatliche finanzielle Anstrengungen selbst sanieren.

Notwendige steuerliche Anpassungen

Nun aber steht wieder eine angeblich große Steuerreform ins Haus. Genau wie bei der vorigen Reform wurde das Volk bislang nicht über die Ausrichtung informiert. Es gibt erneut überhaupt kein Konzept, sondern nur eine lange Wunschliste der politischen Lobbyisten, vor allem aus dem Patronatslager. Es darf nicht sein, dass man dem Volk und

den Gewerkschaften keine Chance geben will, hineinzureden, bis das Paket im stillen Kämmerlein festgezurret ist. Wie beim letzten Mal.

Zunächst fragen wir aber: Wenn die Dinge generell gut laufen, muss man dann wirklich alles radikal umkrempeln? Eine „große“ Reform, nur damit die Macher ihrerseits öffentlich glänzen? Ja, gewiss gibt es sehr viele solide Ungereimtheiten, die unbedingt auszubessern sind, darunter auch Probleme, die erst in den letzten Jahren leichtfertig geschaffen wurden.

Alles was nicht in Ordnung ist, sollte man ändern. Aber diese jetzt absolut notwendige Flickarbeit nun als eine ganz große Reform zu verkaufen, ist dann doch ein wenig zu viel Marketing, zu viel Infotainment, zu viel Scharlatanismus.

Eine absurde Knauserie

Bezüglich der Lage der Staatsfinanzen und ihrer Ausgabenseite möchten wir hier vor allem eines festhalten. Bei der letzten Lohnrunde mit dem damaligen Beamtenminister hat die CGFP eine beachtliche Summe für die dringend erforderlichen, sektoriellen Begrädigungen und Härtefälle ausgehandelt.

Wenn der neue Minister diese von der Regierung verbindlich zugestandene Abmachung nun gegenüber seinen Gesprächspartnern aus den CGFP-Mitgliedsorganisationen grundlos in Frage stellt, dann steht dieser Regierung nicht nur ein Streitfall ins Haus, sondern es wird gleich mehrere Dutzende von Streitfällen geben. „Pacta sunt servanda!“

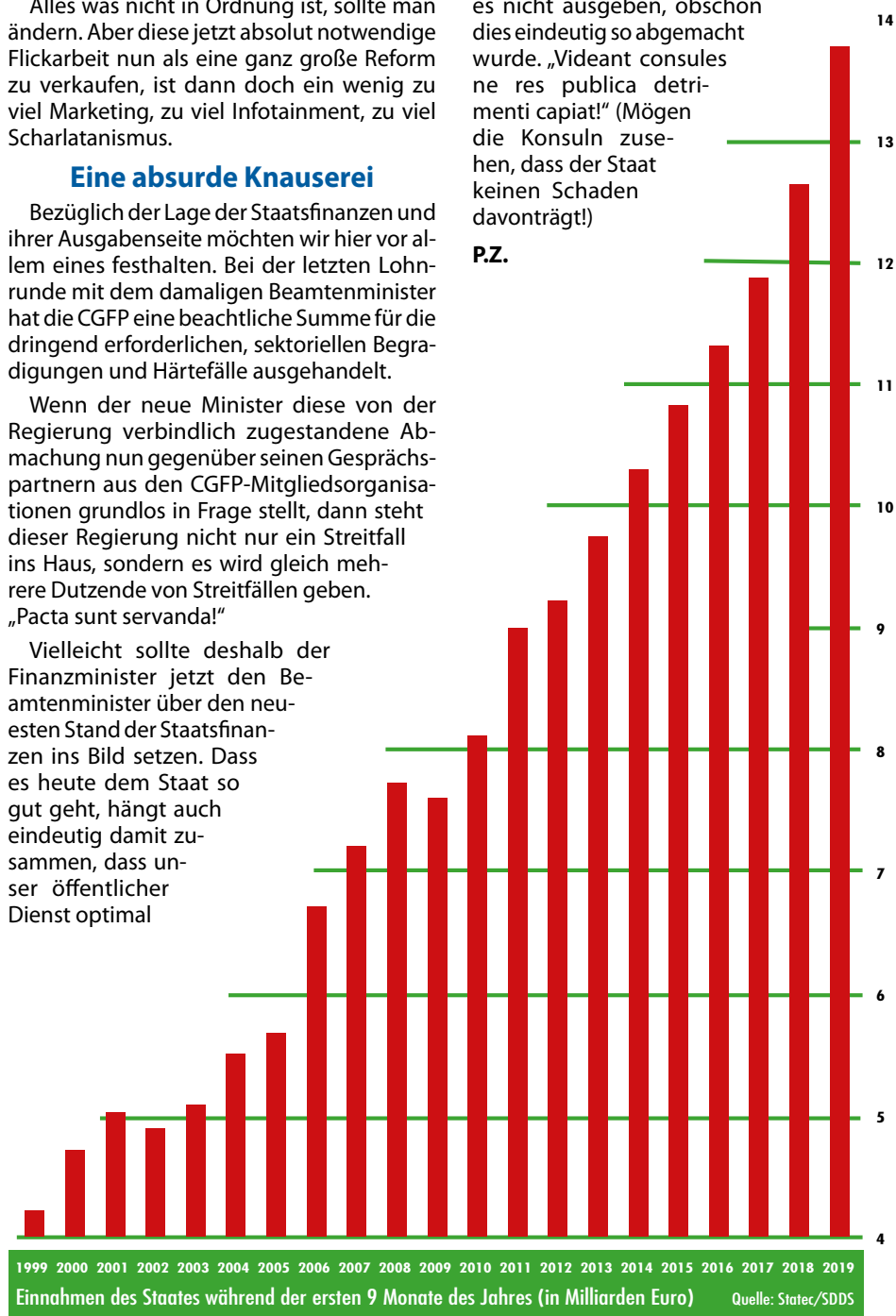
Vielleicht sollte deshalb der Finanzminister jetzt den Beamtenminister über den neuesten Stand der Staatsfinanzen ins Bild setzen. Dass es heute dem Staat so gut geht, hängt auch eindeutig damit zusammen, dass unser öffentlicher Dienst optimal

funktioniert. Dies muss von der Regierung öffentlich anerkannt und auch entsprechend finanziell honoriert werden.

Einige Politiker, die alle Verdienste an der positiven Entwicklung des Landes für sich allein beanspruchen wollen, haben natürlich ein Problem damit, die Leistungen ihrer Mitarbeiter gebührend zu würdigen. Ein Arbeitgeber aber, der sein Personal demotiviert, handelt weder klug noch verantwortungsbewusst.

Wir halten also fest: Offensichtlich ist das Geld da. Nur will man es nicht ausgeben, obschon dies eindeutig so abgemacht wurde. „Videant consules ne res publica detrimenti capiat!“ (Mögen die Konsuln zusehen, dass der Staat keinen Schaden davonträgt!)

P.Z.



„Ein Angriff gegen den öffentlichen Dienst ist ein Angriff gegen uns alle“



Beschimpft, verprügelt, mit Blut bespuckt und mit Fäkalien beworfen – was öffentlich Bedienstete bei der Ausübung ihres Berufs über sich ergehen lassen müssen, ist alarmierend. Die Hemmschwelle, die Hand gegen Beschäftigte zu erheben, sinkt kontinuierlich. Bei einer CESI-Fachtagung in Budapest Ende Oktober sprachen sich sämtliche Teilnehmer für eine Politik der Nulltoleranz aus. Die Ausbildung und ein sicheres Arbeitsumfeld für alle Beschäftigten wurden zur obersten Priorität erkoren. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wird die CESI auf europäischer Ebene den Druck auf die Politik erhöhen und eine flächendeckende Kampagne starten.

Kürzlich kam es zu Ausschreitungen in Paris zwischen Feuerwehr- und Polizeikräften. Der ORF berichtete damals auf seiner Webseite: „Es gibt wahrscheinlich kein deutlicheres Signal dafür, dass es in der Gesellschaft nicht so rund läuft, als wenn die Polizei und die Feuerwehr aufeinander losgehen.“

Sämtliche Akteure müssten der zunehmenden Verrohung der Gesellschaft entgegenwirken, lautete die Kernbotschaft einer Fachtagung in Budapest, zu der die Europäische Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI) am vergangenen 24. und 25. Oktober in Budapest eingeladen hatte und an der auch eine CGFP-Delegation teilnahm. Nach den nationalen CESI-Veranstaltungen in Den Haag, Berlin und Madrid wurden die Erfahrungsberichte auf einer höheren Ebene zusammengefügt und konkrete Forderungen gestellt.

„Ein Angriff gegen den öffentlichen Dienst ist ein Angriff gegen uns alle“, brachte es CESI-Generalsekretär Klaus Heeger in seiner Eröffnungsrede auf den Punkt. Wenn auf Lehrer, Polizisten, oder auf Bedienstete in den Kommunen eingepöbele wird, stelle dies ein Problem für die gesamte Gesellschaft dar.

Inzwischen sei man schon beinahe daran gewöhnt, dass es in der öffentlichen Debatte nicht mehr darum gehe, was moralisch vertretbar und rechtmäßig sei. Im Vordergrund stünden nicht so sehr die Tatsachen, son-

dern nur noch das Echo in den sozialen Medien. Dabei würden die Gesetzgebung, die Rechtslage und der Staat beliebig werden. Dies wirke sich auch auf diejenigen aus, die dieses Recht anwenden müssen.

Folglich käme auf die Gewerkschaften sowohl ein Interessenvertretungs- als auch ein gesamtgesellschaftlicher Stabilisierungsauftrag zu. Nur ein selbstbewusster öffentlicher Dienst könne den Regierenden ohne Unterwerfung dienen und den Bürgern zur Seite stehen, ohne sie zu gängeln, ergänzte Heeger. Dies sei ein gesellschaftlicher Auftrag und dazu bedürfe es den nötigen Schutz.

Mängel bei der Strafverfolgung

Die Gewaltpräventionsbeauftragte Janina Lara Dressler gewährte den Zuhörern einen Einblick in die Welt der Berliner Feuerwehr. Tritte ins Gesicht, Faustschläge in den Magen, Schläge gegen den Hals, Bisse, gelockerte Radmuttern an Privat-Pkws, all dies würde leider zum Berufsalltag vieler Kollegen gehören. Die Umsetzung der Nulltoleranz stelle sich deutlich schwieriger dar als erwünscht. Polizei und Justiz müssten mit im Boot sitzen. Dies sei jedoch nicht so leicht zu bewerkstelligen.

Die Justiz sei personell derartig unterbesetzt, dass es bei der Strafverfolgung gewaltig hapere. Somit werde ein fatales Signal an die Feuerwehrleute gesendet, stellte Dressler

klar: „Die schreiben Anzeigen ohne Ende. Die Verfahren werden unterdessen reihenweise eingestellt.“ Die Meldebereitschaft vieler Einsatzkräfte werde dadurch geringer. Erschwerend hinzu komme, dass der Meldeweg zu kompliziert sei.

Angeichts ihrer negativen Erfahrungen würden einige Feuerwehrleute aussteigen. Für die Gesellschaft erreiche man somit einen kritischen Punkt. Die ganze Präventionsarbeit müsse auf der Basis von Vertrauen und Rückhalt funktionieren, so die Expertin. Je höher man in die Führungsebene gelange, desto kleiner werde die Problematik. Deshalb müsse man stets bei der Basis ein Ohr an der Schiene haben. Alles andere sei fatal.

Sicher arbeiten, bedeute zusammenzuarbeiten, betonte die Psychologin Monique Van Limpt in ihrem Expertenvortrag. Gewerkschaften, Betriebsräte, Arbeitgeber, Gesetzgeber und Politiker müssten sich der Herausforderung im Schulterschluss stellen. Andernfalls werde man nicht in der Lage sein, das Problem wirksam anzugehen. Dabei sei es ausschlaggebend, die Perspektiven des anderen zu verstehen. Den Opfern von Gewalt müsse klar vermittelt werden, dass es nicht ihre Schuld sei, wenn sie das Problem nicht lösen können.

Sehr aufschlussreich waren die aus den Regionalseminaren gewonnenen Erkenntnisse zum Thema „Gewalt durch Dritte am Arbeitsplatz“. Im Rahmen einer Diskussions-

runde bezogen die CESI-Vizepräsidenten dazu Stellung. Das Thema dürfe nicht unter den Teppich gekehrt werden, unterstrich dbb-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach. Aus Sorge davor, dass stückweise das Image der Behörde und der Politik geschädigt werden könnte, würden einige Vorgesetzte in den Verwaltungen wegschauen.

„Monday against violence“

Es sei die verdammt Pflicht der Gewerkschaften, den Schutz der Beschäftigten im Auge zu behalten, ohne dabei die Arbeitgeber und die Politik aus der Verantwortung zu lassen. Die Justiz und die Politik müssten erkennen, dass der Staat infrage gestellt werde, wenn sie Gewalt gegen Beschäftigte tolerieren. „Vielleicht sind wir gut beraten, nach den ‚Fridays for Future‘ einen ‚Monday against violence‘ auf den Weg zu bringen“, fügte Silberbach hinzu. Solche Kampagnen würden bei der Politik ihre Wirkung zeigen. Seit Jahren werde mit bescheidenem Erfolg über Gewalt gegen öffentlich Bedienstete diskutiert. Jetzt gelte es, auf europäischer Ebene den Druck zu erhöhen.

CESI-Vizepräsident Patrick Fey wies auf die besseren Rechtsvorschriften hin, die u.a. dank der CESI in den Niederlanden erwirkt worden seien. Wenn es zu Gewalt gegen öffentlich Bedienstete komme, werde die Strafe verdoppelt. Neu sei auch, dass jemand, der einen Staatsbediensteten physisch angreift, eine Haftstrafe absitzen muss. Es bleibe zu hoffen, dass diese neue Gesetzgebung ein Umdenken in der Gesellschaft nach sich ziehe.

Körperliche Verletzungen könne man behandeln, die psychologischen Traumata, die damit einhergehen, schleppe man hingegen ein ganzes Leben mit sich, bemerkte CESI-Vizepräsident Javier Jordán de Urries. Infolge eines Übergriffs sei neben der Ursachenforschung auch die Nachsorge besonders wichtig.

Opfer, die einen ernsthaften Schaden davontragen, würden sich meistens ziemlich alleine fühlen. Dies gelte es durch Hilfeleistungen zu vermeiden. Die Interessenvertretung der öffentlich Bediensteten sollte mit einem Rechtsschutz einhergehen. In Zukunft müssten auch mehr Daten erfasst werden. Derzeit würden noch immer viele Fakten durch die Maschen des Gesetzes fallen, da sie nicht gemeldet würden.

Was sollen langfristig die wichtigsten Botschaften seitens der Gewerkschaften sein? Ein Großteil der Diskussionsteilnehmer sprach sich dafür aus, den Ursprüngen der Gewalt mit mehr Bildung zu begegnen, wohlwissend, dass die Lehrkräfte nicht jedes gesellschaftliche Problem lösen können. Erziehung finde in den Familien statt. Wenn es darum gehe, Werte und Autoritätsgehorsam zu vermitteln, kämen auch auf die Eltern Aufgaben zu.

Kampagnen ohne Sensationsgelüste

Was kann kurzfristig zu großen Erfolgen führen? Eine breite Einigkeit herrschte darüber, dass gut durchgeführte Kampagnen, die in regelmäßigen Abständen wiederholt werden, Wirkung zeigen. Dabei sollte sichergestellt werden, dass sie auch wahrgenommen werden. Anti-Gewalt-Kampagnen, die z.B. ausschließlich in den Kinos laufen, würden kaum registriert werden.

Wenn man sich die Mühe mache, große Kampagnen zu starten, solle man die TV-Spots morgens um 10:30 Uhr auf den Privatsendern schalten, um die anvisierte Zielgruppe zu erreichen. Mehrere Aktionen, die parallel laufen, seien wenig hilfreich. Emotional ergreifende Videoclips, die sichtbar machen, was es bedeutet, Opfer von Gewalt zu sein, hätten eine große Schlagkraft. Dabei sollte jedoch darauf verzichtet werden, Sensationsgelüste zu verbreiten. Richtig gute Kampagnen würden sich durch das Einbinden der eigenen Mitglieder

auszeichnen. Unter dem Dach der CESI sollten die nationalen Ideen gesammelt werden und in eine gezielte europäische Kampagne münden, hieß es weiter.

Der Erfahrungsaustausch, der in Budapest stattgefunden habe, könne bei der Bekämpfung von Gewalt am Arbeitsplatz nur von Vorteil sein, stellte Jean-Claude Halter, Präsident der CESI-Akademie Europa fest. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes würden weiterhin unter den anhaltenden Auswirkungen der Krise leiden. Die dadurch erfolgten Umstrukturierungen würden sich auch jetzt noch negativ auf die Qualität der Dienstleistungen auswirken. Diese Entwicklung führe oft zu einem Anstieg der Risiken von physischen oder verbalen Angriffen.

Schutz vor Cybermobbing

Eine gefährliche Form der Belästigung seien Einschüchterungen über die sozialen Medien. Die Schüler und die Lehrer müssten umfassend geschützt und unterstützt werden. Erforderlich sei eine entsprechende Schulung über die bestmögliche Nutzung der neuen Technologien.

Früher sei Gewalt am Arbeitsplatz totgeschwiegen worden. Heute werde diese Problematik endlich in der Gesellschaft thematisiert. Die Gewerkschaften müssten darüber wachen, dass Arbeitnehmer, die der Gewalt zum Opfer fallen, nicht isoliert, sondern schnellstmöglich in die Arbeitswelt eingegliedert werden.

Die angeführten Überlegungen würden nicht mit der Tagung in Budapest enden, versicherte Halter. Die CESI werde weiterhin für die Arbeitnehmer mobil machen und in allen Bereichen eingreifen, wo ein Dialog möglich sei. „Wir werden auf der europäischen Bühne unsere Stimme laut machen.“ Krönender Abschluss des Projektes werde eine groß angelegte Kampagne sein, die am 5. Juni 2020 in Bordeaux vorgestellt werde.

Max Lemmer



CESI-Präsident Romain Wolff nahm im Beisein einer CGFP-Delegation an dem hochinteressanten zweitägigen CESI-Symposium in Budapest teil.



Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.